

Arbeitslosigkeit – Versagen der Wirtschaftswissenschaft?

Dieser Tage erreichte die Zahl der Arbeitslosen die 2,5-Mill.-Marke. Wer ist schuld an dieser Entwicklung? Hat die Wirtschaftswissenschaft versagt? Oder wurden Ihre Therapievorschläge von den Politikern nicht aufgegriffen?

Ekkehart Schlicht

Die Therapie liegt im argen

Die in der Fragestellung enthaltene Insinuation ist vielschichtig. Gegenüber welchen Zielvorgaben soll die Wirtschaftswissenschaft versagt haben? Hat sie ihre Versprechungen nicht eingelöst? Vielleicht ist gemeint: Die Bewältigung der Schwierigkeiten, vor denen wir heute stehen und die wohl auch nach einiger Zeit wieder auftauchen werden, erfordert neue Ideen. Die Wirtschaftswissenschaft hat diese nicht geliefert, sondern sich mit der Ausarbeitung traditioneller Doktrinen befaßt, die an den eigentlichen Problemen vorbeigehen.

Ich glaube nicht, daß dieser Vorwurf im Kern zutrifft, wenn er möglicherweise auch für die angewandte Forschung eine gewisse Berechtigung haben mag. Allerdings muß man bedenken, daß die Muße, wie sie für das Durchdenken von Grundsätzlichem erforderlich ist, an den Hochschulen aus verschiedenen Gründen kaum noch vorhanden ist, so daß nicht verwundert, wenn die Forschung als Anhängsel einer im doppelten Sinne berufs-

fremden Berufsausbildung in ihren Grundlagen verkümmert. Wie dem auch sei – die Theorie hat einiges zur Diagnose der gegenwärtigen Schwierigkeiten beigetragen, aber die empirische Aufarbeitung und Therapie liegen im argen. Ich möchte dies wie folgt illustrieren:

Diagnose

Es gibt viele theoretische Erklärungen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Hier ein Versuch, das Gesamtbild, stark stilisiert und verkürzt, zu skizzieren.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist eine Konsequenz der restriktiven Politik der Vergangenheit. Diese Erklärung greift aber zu kurz, denn ohne diese restriktive Politik hätte sich die Inflation beschleunigt und – möglicherweise nach einer Phase von Preis- und Lohnkontrollen – eine Restriktion erzwungen. Umgekehrt besteht die Befürchtung, daß bei expansiven Maßnah-

¹ Ich vermeide den Terminus „natürliche Arbeitslosigkeit“, da er oft in anderem Sinne gebraucht wird.

men die Inflation wiederum beschleunigt werden könnte.

Mithin stellt sich das Arbeitslosigkeitsproblem als ein Problem der Inflation dar und die Frage ist: Bei welcher Höhe der Arbeitslosigkeit läßt sich die Inflation konstant halten und akzeleriert noch nicht? Welches sind die Bestimmungsgründe dieser „inflationneutralen“ Arbeitslosigkeit, und warum ist sie so hoch¹?

In etwas unüblichem Reigen seien zur Illustration einige wichtige Argumente genannt:

□ MM – das monetaristisch-marxistische Argument: Bei Vollbeschäftigung gelingt es den Arbeitnehmern, zu hohe Lohnabschlüsse durchzusetzen. Dies führt zu Inflation oder zum Ausbleiben von Investitionen. Eine Arbeitslosigkeit – eine industrielle Reservearmee – bildet sich und ist erforderlich, um die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer auf ein inflationsneutrales Maß zu reduzieren. Je höher der Einfluß der Gewerkschaften, um so höher

wird die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit sein.

□ KS – das Argument von Keynes und den „Supply-Siders“: Wenn nur Arbeitsplätze für einen Bruchteil der Erwerbsbevölkerung vorhanden sind und bereits bei hoher Arbeitslosigkeit eine Vollausslastung der Kapazität eintritt, werden expansive Maßnahmen bei dieser hohen Arbeitslosigkeit nur inflationär wirken². Unzureichende Investitionen in der Vergangenheit – möglicherweise kombiniert mit einer zu kapitalintensiven Verfahrenswahl – führen hier zu einer zu hohen inflationsneutralen Arbeitslosigkeit. Insbesondere führt eine restriktive Politik, die ja hauptsächlich die Investitionen reduziert, zu einer Erhöhung der inflationsneutralen Arbeitslosigkeit. Aber auch eine expansive Staatstätigkeit, die direkt oder indirekt zu Lasten der Investitionen geht, hat ein solches Ergebnis. Es bleibt in dieser Sicht etwas problematisch, wie eine Stärkung des Angebots ohne Inflationierung möglich sein sollte. Insofern beleuchtet sie unser Dilemma.

□ EL – das Effizienzlohnargument: Wenn die Entlohnung als Leistungsanreiz wirkt, wird der Lohn zu einer Politikvariablen der Unternehmen und kann den Markt typischerweise nicht mehr räumen. Man betrachte ein Beispiel: Wenn eine Unternehmung 10 % mehr Lohn zahlt als die Konkurrenten und dadurch eine Produktivitätssteigerung um mehr als 10 % erreicht, wird sie einen entsprechend überdurchschnittlichen Lohn bieten.

² Daß Keynes diese Position vertritt, wird durch das Abweichen seiner von unserer Terminologie verdunkelt: Er definiert Vollbeschäftigung als die Beschäftigung, die durch Nachfragesteigerung nicht erhöht werden kann. Vgl. J. M. Keynes: *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, London 1936, S. 27, 15. Vollbeschäftigung bei Keynes kann also 50 % Arbeitslosigkeit bedeuten, und eine Erhöhung dieser Vollbeschäftigung (unser Problem) erfordert eine Rechtsverschiebung der Aggregate Supply Function.

Wenn alle Unternehmungen dies tun, wird der Lohn in einem geräumten Markt steigen, und es wird Arbeitslosigkeit entstehen. Diese Arbeitslosigkeit führt dazu, daß die bestehenden Arbeitsplätze an Attraktivität gewinnen: Eine hohe Arbeitslosigkeit erhöht die Attraktivität eines Arbeitsplatzes ebenso wie ein hoher Lohn und wirkt entsprechend als Leistungsanreiz. Damit wird es bei hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr notwendig für die einzelnen Unternehmungen, eine überdurchschnittliche Entlohnung zu bieten. Die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit sichert hinreichende Leistungsanreize.

Plausible Erklärung

Im einzelnen kann die Produktivitätssteigerung bei höherer Entlohnung auf mannigfaltige Weise zustande kommen: durch Reduktion der Fluktuationskosten³, durch die Möglichkeit, besser qualifizierte Ar-

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Ekkehart Schlicht, 37, lehrt Wirtschaftstheorie an der Technischen Hochschule Darmstadt. Er befaßt sich vorwiegend mit arbeitsmarkt- und verteilungstheoretischen Fragen.

Prof. Dr. Karl-Heinz Schmidt, 46, lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn.

Dr. Michael Wagner, 34, ist Dozent an der Verwaltungsakademie des Bundes in Wien. Er leitet zusammen mit Karl Pichelmann das Projekt „Arbeitslosigkeit in Österreich: eine Bewegungsanalyse steigender Arbeitslosigkeit“.

beitskräfte zu bekommen⁴, und anderes mehr⁵. Insgesamt kann man sagen, daß die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit zunehmen wird, je weniger (oder kostspieliger) die Tätigkeiten kontrollierbar sind, je mehr firmenspezifisches Wissen erforderlich ist, je verantwortungsvoller, „idiosynkratischer“, die einzelnen Tätigkeiten werden. (Zu beachten ist, daß eine Arbeitslosigkeit bei Führungspositionen sich nicht darin äußert, daß die Anwärter arbeitslos sind – sie warten vielmehr auf untergeordneten Positionen, und die Arbeitslosigkeit wird erst an anderer Stelle sichtbar.)

Schon diese drei Argumente ergeben m. E. zusammengenommen eine durchaus plausible Erklärung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten, auch wenn die Gewichtungen bei den einzelnen Theoretikern unterschiedlich sein werden. Dies ist wohl auf die Schwierigkeiten der empirischen Abwägung dieser Effekte zurückzuführen. Zudem sind eine Reihe von nicht weniger wichtigen weiteren Argumenten in diesem Zusammenhang vorgebracht worden (aus der Konjunkturtheorie, der Preistheorie, der Lohntheorie und der Verteilungstheorie beispielsweise), die zu einer Klärung der prinzipiellen Probleme beitragen, auf die hier aber aus Platzgrün-

³ Vgl. S. C. Salop: A Model of the Natural Rate of Unemployment, in: *American Economic Review*, 69 (1), S. 117-125; E. Schlicht: Labour Turnover, Wage Structure, and Natural Unemployment, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 134 (1), S. 337-346.

⁴ Vgl. A. Weiss: Job Queues and Layoffs in Labor Markets with Flexible Wages, in: *Journal of Political Economy*, 88 (3), S. 526-538.

⁵ Vgl. S. Stoft: Cheat-Threat Theory, Discussion Paper No. 82 (1982), Dept. of Economics, Boston University; C. Shapiro, J. E. Stiglitz: Equilibrium Unemployment as a Worker Discipline Device, Discussion Papers in Economics No. 28 (1982), Woodrow Wilson School, Princeton University; E. Schlicht: A Condition for Unemployment, Arbeitspapier Nr. 23 (1982), Institut für Volkswirtschaftslehre, Technische Hochschule Darmstadt.

den nicht eingegangen werden kann.

An den angeführten Beispielen sollte jedoch klar geworden sein, daß es sich beim Problem der inflationsneutralen Arbeitslosigkeit um ein ordnungspolitisches Problem handelt, das man nicht durch ablaufpolitische Maßnahmen in den Griff bekommen kann. Auf die Beispiele hätte sogar verzichtet werden können, denn das Problem der inflationsneutralen Arbeitslosigkeit ist ex definitione ein ordnungspolitisches Problem. Aus diesem Grunde ist es so ermüdend, Kontroversen über sogenannte „keynesianische“ versus „monetaristische“ Ablaufpolitik zu verfolgen: Sie gehen an der Sache vorbei. Was zudem beunruhigt ist, daß die ablaufpolitischen Optionen, so berechtigt sie aus der einen oder anderen Perspektive auch sein mögen, die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit meist eher zu erhöhen geeignet sind.

Was sind nun die Vorschläge „der“ Wirtschaftswissenschaft zu diesem Problem – zu diesem *ordnungspolitischen* Problem? Der vor Jahren geäußerte Vorschlag des Sachverständigenrates zur Gewinnbeteiligung wäre z. B. geeignet, weiter diskutiert zu werden. Wenn die Gewinnbeteiligung auf betrieblicher Ebene erfolgte, könnte eine solche Maßnahme möglicherweise gemäß allen drei oben genannten Argumentationen die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit reduzieren. Dies ist sicher nicht ausdiskutiert, aber es besteht offensichtlich von Seiten der Politiker auch keine große Nachfrage nach ordnungspolitischen Überlegungen. Diese gelten ja wohl eher als Bestandteile des politischen Glaubensbekenntnisses. Gleiches gilt für andere ordnungspolitische Vorschläge. Es ist natürlich auch politisch verständlich, daß sich aus der Zeitperspektive der Politiker heraus

derartige Überlegungen nicht rentieren.

Aus dieser Perspektive erklärt sich m. E. auch die Zentrierung der empirischen Forschung auf ablaufpolitische Fragestellungen und die geringe Beachtung ordnungspolitischer Probleme auf empirischer Ebene: Für die empirische Forschung müssen Mittel bewilligt werden. Die Politiker fragen nach ablaufpolitischem Rat und erhalten diesen: Sie können ihn sich sogar aussuchen. Aber ist dies ein Versagen der Wirtschaftswissenschaft? Doch wohl eher der Politologie!

Zu hoffen ist, daß die Wirtschaftswissenschaft Lösungsmöglichkeiten für die großen Probleme entwickelt, und zwar unbeeindruckt von der aktuellen politischen Nachfrage und nur in der Hoffnung, langfristige ordnungspolitische Anpassungen an neue Gegebenheiten reflektierend und helfend begleiten zu können.

Karl-Heinz Schmidt

Versagen der Institutionen

Angesichts der stark erhöhten Arbeitslosenzahl wird das Problem der Arbeitslosigkeit als zentrale Herausforderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angesehen. Drei Aspekte werden dabei unterschieden: der ökonomische, der gesellschaftliche und der soziale.

Ökonomisch bedeutet Arbeitslosigkeit Verzicht auf Wohlstandserhöhungen, denn das vorhandene Produktionspotential wird nicht ausgeschöpft. Gesellschaftlich und sozial ist der Verteilungsaspekt wesentlich: es ist weniger zu verteilen als bei Vollbeschäftigung, und die Stabilität der sozialen Sicherung

und der gesellschaftlichen Ordnung kann in Gefahr geraten. Zu dieser Einschätzung trägt vor allem bei, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik von Ende 1980 bis Ende 1982 auf das Doppelte gestiegen ist und die 2-Millionen-Grenze überschritten hat. Hinzu kommt, daß die Zahl der Kurzarbeiter und der Teilnehmer an beruflichen Förderungsmaßnahmen stark zugenommen hat, während die Zahl der offenen Stellen erheblich gesunken ist. Zugleich verlängerte sich die Dauer der Arbeitslosigkeit, und es zeichnete sich eine verstärkte Betroffenheit der sogenannten „Pro-

blemgruppen“ des Arbeitsmarktes ab. Besonders stark sind ungelernete und angelernte Arbeitskräfte an den Arbeitslosen beteiligt. Die „soziale Marktwirtschaft“ erweist sich demzufolge als instabil und unsocial.

Kein Wunder also, daß nicht selten Politiker, Bürokraten und Verbandsrepräsentanten die These vom Versagen der Wirtschaftswissenschaft verbreiten, nicht zuletzt, um die Schuld an der Arbeitslosigkeit von der praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitik an die Wissenschaft zu überweisen. Aber auch innerhalb der Wirtschaftswis-